

Projektland: Ungarn

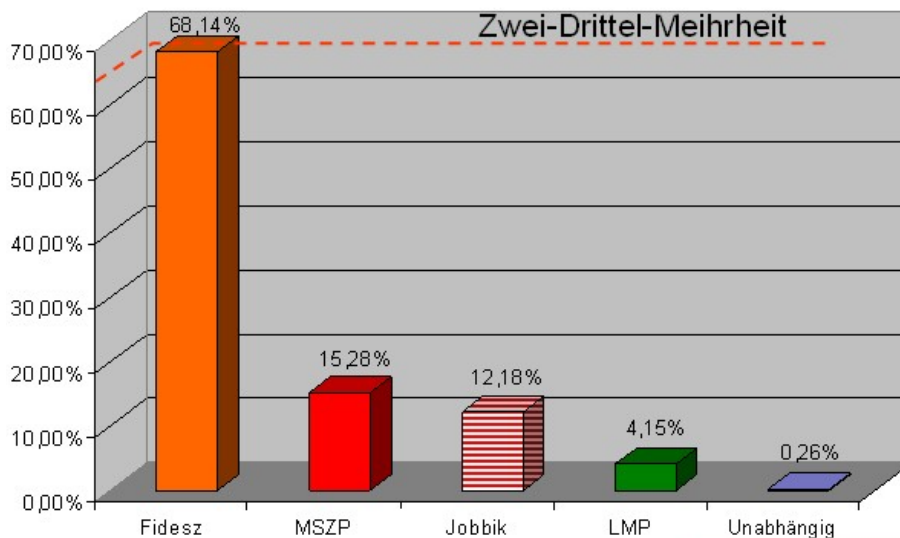
Quartal/Jahr: April bis Juni 2010

Politischer Machtwechsel nach Parlamentswahlen

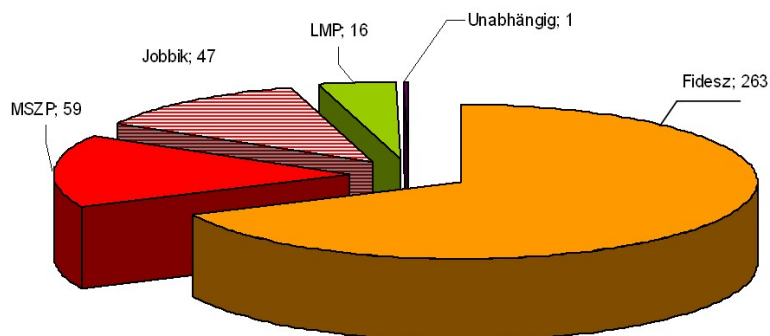
Nach acht Jahren Oppositionszeit kehrte Franz-Josef-Strauß Preisträger Viktor Orbán als Ministerpräsident an die ungarische Regierung zurück. Die zweite Wahlrunde, der Stichwahltag am 25. April 2010 bekräftigte den deutlichen Sieg der Bürgerallianz Fidesz/KDNP. Die absolute Mehrheit der Wahlergebnisse vom 12. April 2010 konnte mit der Zwei-Drittel-Mehrheit gekrönt werden. So konnte Fidesz/KDNP insgesamt 263 von 386 Mandaten erreichen. Die zweitgrößte Gruppe im Parlament stellt MSZP mit 59 Mandaten (davon 2 Direktmandate). Die rechtsnationale Partei Jobbik erreichte 47 Mandate und die öko angehauchte Partei LMP (Politik kann anders sein) 16 Mandate.

MDF gelang es nach 20 Jahren nicht ins Parlament zu kommen. Parteivorsitzende Frau Dávid dankte in der Wahlnacht vom 12. April ab.

Wahlergebnisse



Mandate insgesamt 386



Gut zwei Monate nach den Parlamentswahlen genießt die Regierung Orbán ungebrochen die Unterstützung der Bevölkerung. Als Antwort auf die Probleme der letzten zwanzig Jahre seit der Wende werde es statt einer Gewaltenteilung mit Bremsen und Gegengewichten eine Art auf breiter Basis beruhende Demokratie geben. Die Meinungsforschungsergebnisse belegen, dass die Regierung Orbán zunächst von den Wählern ungebrochen unterstützt wird. Nach so vielen schweren Jahren sei ja nur zu verständlich, dass die Menschen endlich hoffen wollen. Außerdem gebe es keine Opposition, die der neuen, methodisch vordringenden Macht wirksam widersprochen hätte. Der Spielraum der Opposition besteht darin, auf die Fehler der Orbán-Regierung zu warten.

Die Regierungsmehrheit nutzt ihr Zweidrittel-Mandat größtenteils zur Stärkung bzw. Behauptung ihrer Macht. Im Interesse der Umwandlung von Wirtschaft und Gesellschaft werden im breiten Kreis der Verwaltung die Bediensteten des Staates ausgewechselt. Fidesz konnte sich von ihren früheren Zusagen bezüglich radikaler, sofortiger Steuersenkungen erfolgreich trennen. Der Versuch der Regierung, ihren Spielraum erweitern zu wollen unter Berufung auf die „Leichen“, die von den Vorgängern hinterlassen worden seien, scheiterte zwar, es gelang ihr jedoch, mit Hilfe der 29 Punkte von Viktor Orbán den Glauben an die Handlungsfähigkeit aufrecht zu erhalten. Mit diesem Wirtschafts-Aktionsplan ist es der Regierung Orbán gelungen, ein Bekenntnis zu den bisherigen Defizitziele zu geben und damit die internationalen Finanzmärkte und die EU zu beruhigen. So ist eines der wichtigsten Elemente des Programms das unbedingte Einhalten des Haushaltsdefizits für 2010 - 3,8 Prozent des BIP. Weitere wichtige Ziele sind die Verbesserung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und das Schaffen von neuen Arbeitsplätzen. Orbán hat sich zum Ziel gesetzt, in 10 Jahren eine Million neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Im Staatssektor kommt es aber zunächst zu Einbußen. Mit der Einführung der Höchstgrenze von Vergütungen für die Staatsbediensteten geht es aber in erster Linie nicht um Ärzte, Polizisten oder Lehrer, sondern um das Zurückdrängen der Verschwendung und Veruntreuung von Steuergeldern, die in den letzten 8 Jahren einen bedrohlichen Ausmaß erreichte. Ausgabenstopp für die öffentliche Hand, Überprüfung der externen Aufträge und der Kampf gegen die Korruption sind ganz groß auf die Fahne geschrieben.

Orbán spricht von einer „gegenseitigen Verantwortungsübernahme“ durch Finanzinstitute und Banken. Die Einhaltung des früheren Defizitziele wird durch radikale Erhöhung der Sondersteuer für Banken gewährleistet, bzw. durch das Sperren der Rücklagen. Die Banken werden trotz aller Regierungsmaßnahmen sicherlich bemüht sein, ihre auf das Vierzehnfache angestiegene steuerliche Sonderbelastung auf die gesamte Wirtschaft zu verteilen. Die Regierung kann die

geforderte Defizit-Kennzahl in erster Linie nicht durch Kürzung der Ausgaben, sondern mithilfe von Steuererhöhungen erreichen. Das wiederum könnte für das Wachstum der Wirtschaft kaum förderlich sein.

Durch Abschaffung zahlreicher kleinerer Steuerarten und Erweiterung des Anwendungsbereichs einer günstigen Gewinnsteuer werden die öffentlichen Lasten der Unternehmen verringert. Durch Erhöhung der Ausgaben werden die Energiepreise weiterhin subventioniert, und auf einigen Nebenstrecken nimmt die Bahn den früher eingestellten Verkehr wieder auf. Fidesz hält sich an die gemachten Zusagen und bürdet ganz bewusst keiner der Wählergruppen größere Lasten auf. Die Legalisierung des privaten Schnapsbrennens führt auch zu der positiven Beurteilung des 29-Punkte Programms.

Die neue Regierung spricht von einer neuen Philosophie der Volkswirtschaft. Diese sei ihrer Ansicht nach wachstums- und nicht geldorientiert. Ab Herbst allerdings müsse die Regierung die Hoffnungen und den Glauben mit Taten und Ergebnissen untermauern. Dann kann man sehen, ob das 29-Punkte-Programm die ungarische Wirtschaft auf eine andere Bahn bringen kann. In der ungarischen Politik gibt es bald erstmal eine Sommerpause und dann die Kommunalwahlen.

Im Mai und Juni plagten schwere Hochwasserschäden das Land vor allem in Nordostungarn, wo gleich mehrere Flüsse über die Ufer getreten sind. In 51 Gemeinden sind mehrere hundert Gebäude eingestürzt, die Einwohner mussten evakuiert werden, der Schaden liegt in Milliardenhöhe.

In den Berichtszeitraum fiel auch die Wahl des ungarischen Staatspräsidenten. Am 29. Juni 2010 hat die Zwei-Drittel-Mehrheit, d.h. die 263 Abgeordneten von Fidesz/KDNP den bisherigen Parlamentspräsidenten, ehemaligen Olympioniken und Vorsitzenden des ungarischen NOB Komitees Pál Schmitt einstimmig zum neuen Staatspräsidenten gewählt. Die Rechtspartei Jobbik hat ungültige Stimmen abgegeben, die neue Partei, LMP haben nicht einmal die Stimmzettel genommen. Die Abgeordneten von MSZP haben ihren eigenen Kandidaten, den Botschafter András Balogh mit ihren Stimmen unterstützt. Schmitt erklärte in seiner Rede, dass er ein Partei- und werteneutraler Staatspräsident sein wird, er betrachtet die Transformationsepoche nach der Wende als abgeschlossen und er wird sich bemühen, ein modernes, selbstbewusstes und einheitliches Ungarn zu schaffen basierend auf einer neuen Verfassung der einheitlichen ungarischen Nation.

Das neue ungarische Parlament entschied über die Institution der Doppelstaatsbürgerschaft. D.h. die im Ausland lebenden Ungarn können in einem vereinfachten Verfahren die ungarische Staatsbürgerschaft erwerben. Dies nahmen die Nachbarländer bis auf die Slowakei ohne Vorwürfe zur Kenntnis. In der Slowakei führte dies aber zu heftigen Diskussionen, die das ohnehin gespannte Verhältnis beider Länder in der Minderheitenfrage noch verschärfte. Staatsbürgerschaftsrecht ist in der EU ein nationales Recht, und selbst die Slowakei erteilt dieses Recht seinen im Ausland lebenden Staatsbürgern, wenn sie dies wollen.

Die neue Regierungsliste

(8 Ministerien, 42 Staatssekretäre, 54 Stellvertretende Staatssekretäre)

Ministerpräsident: Orbán Viktor

Amt des Ministerpräsidenten:

Staatssekretär: Varga Mihály

Stellv. Ministerpräsident: Semjén Zsolt (KDNP)

Innenministerium

Minister: Pintér Sándor

Staatssekretäre: Konrád Károly und Tállai András

Verwaltungsstaatssekretär: Felkai László

Stellvertretende Staatssekretäre: Eiselt György, Simonné Berta Krisztina, Tóth László und Szaló Péter

Verteidigungsministerium

Minister: Hende Csaba

Staatssekretär: Simicskó István

Verwaltungsstaatssekretär: Fodor Lajos

Stellvertretende Staatssekretäre: Márki Gábor, Siklósi Péter und Tóth Zoltán József

Verwaltungs- und Justizministerium

Minister: Navracsics Tibor

Staatssekretäre: Balog Zoltán, Kovács Zoltán, Répássy Róbert, Rétvári Bence, Szabó Erika und Szászfalvi László

Verwaltungsstaatssekretär: Gál András Levente

Stellvertretende Staatssekretäre: Borókainé Vajdovits Éva, Farkas Krisztina, Gáva Krisztián, Kátai Ildikó, Kohut Balázs, Latorcai Csaba, Láncki Tamás, Papp-Váry Borbála, Répás Zsuzsanna, Tekler Vilmos és Zombor Ferenc

Aussenministerium

Minister: Martonyi János

Staatssekretär: Németh Zsolt

Verwaltungsstaatssekretär: Bába Iván

Stellvertretende Staatssekretäre: Misovicz Tibor, Ódor Bálint, Pröhle Gergely és Sztáray Péter András

Ministerium für Nationale Wirtschaft

Minister: Matolcsy György

Staatssekretäre: Becsey Zsolt, Bencsik János, Cséfalvay Zoltán, Czomba Sándor, Kármán András és Naszvadi György

Verwaltungsstaatssekretär: Nagy Róza

Stellvertretende Staatssekretäre: Balog Ádám, Bathó Ferenc, Botos Balázs, Hidvéghi Balázs, Horváth Endre, Kardkovács Kolos, Olajos Péter, Rezsőfi István, Seres László és Thuma Róbert

Ministerium für Nationale Ressourcen

Minister: Réthelyi Miklós

Staatssekretäre: Czene Attila, Halász János, Hoffmann Rózsa, Soltész Miklós, Szócska Miklós és Szócs Géza

Verwaltungsstaatssekretär: Jávor András

Stellvertretende Staatssekretäre: Cserhádi Péter, Dux László, Gloviczki Zoltán, Nyitrai Imre, Páva Hanna, Polt-Palásthy Marianna, Skultéty László és Szekeres Pál.

Ministerium für nationale Entwicklung

Minister: Fellegi Tamás

Staatssekretäre: Fónagy János, Halasi Tibor, Hegmanné Nemes Sára, Molnár Ágnes, Nyitrai Zsolt és Völner Pál

Verwaltungsstaatssekretär: Vízkelety Mariann

Stellvertretende Staatssekretäre: Dányi Gábor, Jenőfi György, Kovács Pál, Nyikos György, Schwáb Zoltán, Székács Péter és Vályi-Nagy Vilmos

Ministerium für Landesentwicklung

Minister: Fazekás Sándor

Staatssekretäre: Ángyán József, Czerván György, Illés Zoltán, Kardeván Endre és V. Németh Zsolt

Verwaltungsstaatssekretär: Farkas Imre

Stellvertretende Staatssekretäre: Bognár Lajos, Búsi Lajos, Feldman Zsolt, Horváth Zsolt, Kling István, Rácz András és Simon Attila István.

Neuer Polizeichef:

Hatala József, Landeskommandant

Stellvertretender Landeskommandant: Papp Károly

Herausgeber: Christian J. Hegemer, Leiter IBZ

Autor: Renáta Fixl

Lazarettstr. 33 – 80636 München –

Tel.: +49 (0)89 1258-369 – Fax: +49 (0)89 1258-359

E-Mail: grundsatz@hss.de, Homepage: www.hss.de

Erstellt am: 11.07.10